

PA

1223

Médiathèque VS Mediathek



1010809082

PA 1223

Verfassung

des

Kantons Wallis

vom

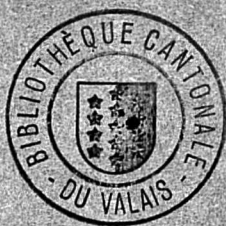
26. November 1875.



Sitten

Buchdruckerei L. Schmid.

1876.



2243



Verfassung

des Kantons Wallis.

Im Namen Gottes, des Allmächtigen !

I. Titel.

Allgemeine Grundsätze.

Artikel 1.

Wallis bildet eine, innert den Schranken der Bundesverfassung, souveräne und als Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibte Republik.

Die Souveränität beruht im Volke.

Die Regierungsform ist die repräsentativ-demokratische.

Artikel 2.

Die römisch-apostolisch-katholische Religion ist die Staatsreligion.



PA 1223

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen sind innert den, mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten vereinbaren Schranken, gewährleistet.

Artikel 3.

Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich.

Es giebt im Wallis kein Vorrecht des Ortes, der Geburt, der Personen oder der Familie.

Artikel 4.

Die persönliche Freiheit und die Unverletzlichkeit der Wohnung sind gewährleistet.

Niemand darf gerichtlich verfolgt oder verhaftet, und keine Hausdurchsuchung darf vorgenommen werden, außer in den vom Gesetze vorgesehenen Fällen, und in den von demselben vorgeschriebenen Formen.

Artikel 5.

Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

Artikel 6.

Das Eigenthum ist unverletzbar.

Von diesem Grundsatz kann nur zum Zwecke öffentlichen Nutzens, oder in den vom Gesetze vorgesehenen Fällen und gegen eine gerechte und vorläufige Entschädigung abgewichen werden.

Das Gesetz kann jedoch Fälle bestimmen, in welchen Grund und Boden der Burgerschaften oder

Gemeinden, zum Zweck öffentlichen Nutzens, unentgeltlich abzutreten ist.

Artikel 7.

Kein Grundstück kann mit einem unloskäuflichen Bodenzins belastet werden.

Artikel 8.

Die Presse ist frei.

Das Strafgesetz bestraft den Mißbrauch derselben.

Artikel 9.

Das Petitionsrecht ist gewährleistet.

Die Ausübung desselben wird vom Gesetze bestimmt.

Artikel 10.

Das Recht der freien Niederlassung, das Vereins- und das Versammlungsrecht, die Handels- Gewerbs- und Kunstfreiheit sind gewährleistet.

Die Ausübung dieser Rechte wird, innert den Schranken der Bundesverfassung, durch das Gesetz geregelt.

Artikel 11.

Der öffentliche Unterricht steht unter der Leitung und der Oberaufsicht des Staates.

Der Primarunterricht ist obligatorisch und unentgeltlich.

Die Lehrfreiheit ist, unter Vorbehalt der gesetzlichen Bestimmungen, gewährleistet.

Artikel 12.

Jeder Bürger ist wehrpflichtig.

Die Anwendung dieses Grundsatzes ist durch die Bundes- und Kantonalgesetzgebung geregelt.

Artikel 13.

Jeder öffentliche Beamte ist für seine Amtsführung verantwortlich.

Jede mit dem Einzug von öffentlichen Geldern betraute Person ist gehalten, vor ihrem Amtsantritt eine Bürgschaft zu leisten, deren Betrag durch ein Gesetz bestimmt wird.

Artikel 14.

Die Staatsausgaben werden bestritten :

- a) aus den Einkünften vom Staatsvermögen ;
- b) aus dem Ertrag der Regalien und der Fiskalgebühren ;
- c) aus den Bundesentschädigungen ;
- d) aus den Steuern.

Artikel 15.

Jede Schlußnahme des Großen Rathes, welche eine außerordentliche Ausgabe von 60,000 Franken, oder während drei Jahren eine durchschnittliche Ausgabe von 20,000 Franken zur Folge hat, muß der Volksabstimmung unterbreitet werden, wenn die Ausgaben aus dem Betrag der gewöhnlichen Einnahmen des Voranschlags nicht gedeckt werden können.

Die Abstimmung findet statt in Gemäßheit der von dem Geseze aufgestellten Formen und innert der 50 Tage, welche auf die Bekanntmachung des erlassenen Beschlusses folgen.

Artikel 16.

Der Steuerfuß auf Kapital und Einkommen ist zu anderthalb durch Tausend festgesetzt, wovon wenigstens ein Halbes durch Tausend zur Tilgung der Staatsschuld verwendet werden soll.

Artikel 17.

Die Tilgung der Staatsschuld, mittelst regelmäßiger jährlicher Abschlagszahlungen, ist obligatorisch erklärt. Es wird darüber eine besondere Rechnung geführt.

Diese Amortisation erfolgt durch den Betrag der aus der Konkursmasse der Kantonalbank eingelauften Kapitalien und durch den angeführten Steuerbezug von einem Halben auf das Tausend.

Artikel 18.

Sollte sich bei der Berathung über den Vorschlag des Jahres 1878, beziehungsweise im Wintermonat 1877, der Steuerfuß von anderthalb auf Tausend als durchaus ungenügend ergeben, um die ordentlichen Ausgaben der Verwaltung und die verordneten Abschlagszahlungen der Staatsschuld zu decken, so kann dieser Steuerfuß, erhöht werden ohne jedoch Zwei durch Tausend zu überschreiten.

Artikel 19.

Jede andere Erhöhung des Steuerfußes auf Kapital und Einkommen ist nur dann statthaft, wenn das Volk eine solche in den Fällen des vorstehenden Artikels 15 selbst genehmigt, oder dieselbe, zufolge außerordentlicher von der Eidgenossenschaft dem Kanton überwältigter Auflagen, nöthig geworden.

Artikel 20.

Die deutsche und die französische Sprachen sind als Nationalsprachen erklärt.

II. Titel.

Eintheilung des Kantons.

Artikel 21.

Der Kanton ist in Bezirke eingetheilt.

Die Bezirke sind aus Gemeinden gebildet.

Der Große Rath kann durch ein Gesetz die Zahl und Umgrenzung der Bezirke, und durch ein Dekret die der Gemeinden, nach Anhörung der Betheiligten, abändern.

Er bezeichnet auch die Hauptorte derselben.

Artikel 22.

Sitten ist der Hauptort des Kantons. Die demselben obliegenden Leistungen werden durch ein Dekret festgesetzt.

III. Titel.

Politischer Stand der Bürger.

Artikel 23.

Walliser sind :

- 1) Die Bürger einer Gemeinde des Kantons ;
- 2) Diejenigen, welchen das Kantonsbürgerrecht übertragen wird.

Artikel 24.

Die Fremden können vor Erwerbung des Kantonsbürgerrechts nicht definitiv als Bürger einer Gemeinde aufgenommen werden.

Artikel 25.

Jeder Kantonsbürger kann, unter den vom Gesetze bestimmten Bedingungen, in einer andern Gemeinde das Bürgerrecht erwerben.

IV. Titel.

Öffentliche Gewalten.

Artikel 26.

Die öffentlichen Gewalten sind :

- Die gesetzgebende Gewalt ;
- Die vollziehende und verwaltende Gewalt ;
- Die richterliche Gewalt.

I. Kapitel.

Gesetzgebende Gewalt.

Artikel 27.

Die gesetzgebende Gewalt wird vom Großen Rathe ausgeübt.

Artikel 28.

Der Große Rath versammelt sich von rechtswegen ordentlicher Weise am dritten Montag Mai und am dritten Montag November.

Außerordentlicher Weise tritt er, vom Staatsrath auf dessen Initiative, oder auf das schriftliche und motivirte Begehren von 20 Abgeordneten einberufen, zusammen.

Artikel 29.

Jede ordentliche Session dauert höchstens dreizehn fortlaufende Tage; in Fällen höherer Wichtigkeit und Interesses jedoch kann dieselbe fortgesetzt werden. Der Große Rath berathet darüber.

Artikel 30.

Die Sitzungen des Großen Rathes sind öffentlich. Wenn es die Umstände erfordern, so beschließt er geheime Sitzung.

Artikel 31.

Die Beschlüsse des Großen Rathes werden durch die absolute Stimmenmehrheit gefaßt.

Er darf nur insofern rathschlagen, als die anwesenden Abgeordneten die absolute Mehrheit der Gesamtzahl seiner Mitglieder bilden.

Artikel 32.

Der Große Rath ernennt alljährlich in der ersten ordentlichen Session, aus seiner Mitte, seinen Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, zwei Sekretäre, den einen für die deutsche, den andern für die französische Sprache, und zwei Stimmenzähler.

Artikel 33.

Der Große Rath wählt in der ersten ordentlichen Session jeder neuen Amtsperiode den Staatsrath und das Appellationsgericht des Kantons.

Artikel 34.

Dem Großen Rathe stehen folgende Amtsbefugnisse zu :

- 1) Er untersucht die Vollmachten seiner Mitglieder und erkennt allein über die Gültigkeit ihrer Wahl ;
- 2) Er genehmigt, ändert oder verwirft die Gesetz- oder Dekretsentwürfe ;
- 3) Er übt das Amnestie-, Begnadigungs- und Strafmilderungsrecht aus ;
- 4) Er bewilligt das Kantonsbürgerrecht ;
- 5) Er prüft die Amtsführung des Staatsrathes und berathet über deren Genehmigung.

Er kann von ihm zu jeder Zeit über jeglichen Akt seiner Verwaltung Rechenschaft verlangen ;

- 6) Er bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates, untersucht und schließt die Rechnungen und setzt das Inventar des öffentlichen Vermögensstandes fest ;

Sowohl der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben als die Rechnungen werden öffentlich bekannt gemacht; das Reglement bestimmt die Veröffentlichungsart ;

- 7) Er ernimmt zu denjenigen geistlichen Würden und Pfründen, deren Bestellung dem Staate zukommt ;
- 8) Er wählt in jeder Maisession den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Staatsrathes, den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Appellationsgerichts ;
- 9) Er wählt alle zwei Jahre, in der Maisession, die Abgeordneten auf den Ständerath ;
- 10) Er ernimmt auch, auf den Vorschlag des Staatsrathes, die Offiziere, die einen höhern Rang als denjenigen eines Hauptmanns haben ;
- 11) Er schließt mit den Kantonen und den auswärtigen Staaten Verträge ab, innert den Schranken der Bundesverfassung ;
- 12) Er ertheilt die Konzessionen und die Uebertragungen von Grubenrechten ;
- 13) Er bestimmt den Gehalt der öffentlichen Beamten , und setzt die nöthige Summe für die Angestellten des Staatsrathes aus ;
- 14) Er ertheilt die Ermächtigung zum Ankauf von Liegenschaften, zur Veräußerung oder Verpfändung der Nationalgüter und zu den Staatsanlehen ;
- 15) Er übt die souveräne Gewalt in Allem aus was die Verfassung nicht dem Volke vorbehält oder einer andern Gewalt überträgt.

Artikel 35.

Der Große Rath kann den Staatsrath einladen,

ihm einen Gesetzes- oder Dekretsentwurf vorzubereiten, und die Frist zur Einbringung des verlangten Entwurfs bestimmen.

Wird die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so ist der Staatsrath gehalten, dasselbe noch während der Dauer der nämlichen Session vorzulegen.

Artikel 36.

Die Gesetzes- und Dekretsentwürfe werden in zwei Lesungen und in zwei ordentlichen Sessionen durchberathen.

Wird die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so findet die zweite Lesung in der nämlichen Session statt.

Artikel 37.

Die Abgeordneten sollen zum allgemeinen Besten nach ihrer Ueberzeugung stimmen. Sie dürfen durch keine Verwaltungsbefehle gebunden werden.

Artikel 38.

Die Mitglieder des Großen Rathes dürfen, ohne Ermächtigung dieses Körpers, während den Sessionen weder gerichtlich belangt noch verhaftet werden, ausgenommen bei Betretung auf frischer That.

Artikel 39.

Die Stelle eines Abgeordneten auf den Großen Rath ist unvereinbar mit den Beamtungen und Anstellungen in den Bureau des Staatsrathes.

Diese Bestimmung ist auch auf die Bezirkseinknehmer anwendbar.

Artikel 40.

Es können nicht gleichzeitig im Großen Rathe sitzen : der Regierungsstatthalter und der Unter-Regierungsstatthalter ; der Präsident und der Vize-Präsident eines Kreisgerichtes ; der Hypothekarverwahrer und dessen Stellvertreter ; der Einregistrierungsbeamte und dessen Stellvertreter ; der Civilstandsbeamte und dessen Stellvertreter.

Artikel 41.

Für jede vor dem letzten Jahre der Amtsdauer ledig gewordene Stelle im Großen Rathe ist binnen dreißig Tagen, von der Erledigung an gerechnet, eine neue Wahl anzuordnen.

II. Kapitel.

Verwaltende und vollziehende Gewalt.

Artikel 42.

Die Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt ist einem aus fünf Mitgliedern gebildeten Staatsrathe anvertraut.

Zwei derselben werden aus dem Kantonstheile gewählt, welcher die gegenwärtigen Bezirke Goms, Brig, Visp, Raron, Leuf und Siders in sich faßt ; einer aus jenem der Bezirke Sitten, Ering und Gündis ; zwei aus demjenigen der Bezirke Martinach, Entremont, St. Moritz und Monthey.

Artikel 43.

Die Amtsbefugnisse des Staatsrathes sind :

- 1) Er legt die Gesetzes- und Dekretsentwürfe vor;
- 2) Er ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung der Gesetze und Dekrete beladen, und erläßt zu diesem Behufe die nothwendigen Beschlüsse;
- 3) Er sorgt für alle Verwaltungszweige und die Handhabung der öffentlichen Ordnung;
- 4) Er verfügt über die Wehrmannschaft des Kantons, innert den Schranken der Bundesverfassung und der Bundesgesetze.

Er hat die Mitglieder des Großen Rathes über die getroffenen Maßregeln ohne Verzug in Kenntniß zu setzen, und wenn es die Umstände erheischen, den Großen Rath einzubezufen;

Dieser ist unverzüglich einzuberufen, wenn die aufgegebenen Truppen sechshundert Mann übersteigen und das Aufgebot länger als vier Tage dauert.

Der Staatsrath kann nur vom Gesetze organisirte Truppen aufbieten.

- 5) Er unterhält den Verkehr des Kantons mit den Bundesbehörden und den eidgenössischen Ständen;
- 6) Er wählt die Beamten, die Angestellten und die Geschäftsführer, deren Ernennung von der Verfassung oder dem Gesetze keiner andern Behörde eingeräumt ist, und er kann dieselben nach deren Einvernahme vermittelst eines mit Gründen belegten Entscheides abberufen;
- 7) Er überwacht die untergeordneten Behörden

und ertheilt Weisungen für alle Verwaltungszweige ;

- 8) Er kann die Verwaltungsbehörden, welche sich weigern, seine Befehle zu vollziehen, in ihren Amtsverrichtungen einstellen, muß aber dem Großen Rathe in dessen nächster Session darüber Bericht erstatten.

Artikel 44.

Der Staatsrath ist für seine Amtsführung verantwortlich ; er erstattet alljährlich Bericht darüber und übermittelt gleichzeitig dem Großen Rathe ein vollständiges und umständliches Inventar des öffentlichen Vermögens.

Artikel 45.

Die Amtsverrichtungen des Staatsrathes sind unvereinbar mit der Stelle eines Abgeordneten auf den Großen Rath.

Die Staatsräthe nehmen Theil an den Verhandlungen des Großen Rathes, haben aber dabei kein Stimmrecht.

Die Amtsverrichtungen eines Staatsrathes sind unvereinbar mit denen eines Verwaltungsrathes einer Bank oder einer Eisenbahngesellschaft.

Artikel 46.

Die Mitglieder des Staatsrathes können keine andere Kantons- oder Gemeindeanstellung bekleiden.

Die Ausübung eines freien Berufes ist ihnen ebenfalls untersagt.

Artikel 47.

In den eidgenössischen Rätthen darf nicht mehr als ein Mitglied des Staatsrathes sitzen.

Artikel 48.

Zur Erledigung der Geschäfte theilt sich der Staatsrath in Departemente.

Ein vom Großen Rathe genehmigtes Reglement bestimmt die Zahl und die Amtsverrichtungen derselben.

Artikel 49.

Die Regierung hat in jedem Bezirke für die Vollziehung der Gesetze und den Dienst der Verwaltung einen Vertreter unter dem Namen Regierungsstatthalter und einen Stellvertreter desselben.

III. Titel.

Richterliche Gewalt.

Artikel 50.

Die richterliche Gewalt ist unabhängig. Kein Staatsangestellter, der vom Staatsrathe abberufen werden kann, darf eine Richterstelle im Appellationsgericht oder im Kreisgericht bekleiden.

Diese Bestimmung ist auf die Ersatzmänner nicht anwendbar.

Artikel 51.

Es besteht in jeder Gemeinde oder in jedem Amtsbezirke ein Richter und wenigstens ein Richterstatthalter.

Durch Kreis ein Civil-, ein Korrekptions- und ein Kriminalgericht;

Und für den Kanton ein Appellationsgericht und ein Kassationshof.

Artikel 52.

Die Anzahl der Kreise, die Kompetenz der Richter und der Gerichte, die Wahl und der Besoldungsmodus, sowie auch die Unverträglichkeit zwischen den richterlichen und anderen Amtsverrichtungen werden durch das Gesetz über die Gerichtsorganisation bestimmt.

Es können nur sieben Kreisgerichte bestehen.

Die Richter der Amtsbezirke oder der Gemeinden und deren Ersatzmänner werden durch die Wahlmänner des Amtsbezirkes oder der Gemeinde gewählt.

Die Abstimmung findet in jeder Gemeinde statt.

Bei der Bildung der Amtsbezirke wird auf die Bevölkerung und die topographische Lage der Gemeinden gebührende Rücksicht genommen.

Artikel 53.

Es besteht ein Verwaltungsgericht, sowie ein Gerichtshof, der über Kompetenzstreitigkeiten zwischen der vollziehenden und der richterlichen Gewalt zu erkennen hat.

Dieses Gericht und dieser Gerichtshof werden durch eigene Gesetze organisiert.

V. Titel.

Bezirks- und Gemeindeverwaltung.

I. Kapitel.

Bezirksrath.

Artikel 54.

Es besteht in jedem Bezirke ein auf vier Jahre gewählter Bezirksrath.

Der Gemeinderath wählt die Abgeordneten auf denselben im Verhältniß von einem auf dreihundert Seelen Bevölkerung.

Der Bruch von hundert ein und fünfzig wird für ein Ganzes gerechnet.

Jede Gemeinde, welche immer ihre Bevölkerung sein mag, ernimmt wenigstens einen Abgeordneten.

Artikel 55.

Das Gesetz bestimmt die Organisation und die Amtsbefugnisse dieses Rathes.

II. Kapitel.

Gemeindeverwaltung.

Artikel 56.

In jeder Gemeinde besteht :

- 1) Eine Urversammlung ;
- 2) Ein Gemeinderath (Municipalität) ;
- 3) Eine Bürgerversammlung.

Wenn die Zahl von Nicht-Bürgern wenigstens die Hälfte der Urversammlung oder des Rathes

bildet, so ist die Burgerversammlung berechtigt, die Bildung eines getrennten Rathes zu begehren.

Artikel 57.

Dasjenige Burgervermögen, welches vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 2. Juni 1851 über die Gemeindeverwaltung eine öffentliche Bestimmung hatte, soll auch fernerhin diesem Zwecke entsprechend verwendet werden.

Die Ausführung dieser Bestimmung wird durch das Gesetz geregelt.

Artikel 58.

Die Urversammlung besteht :

- 1) Aus den Burgern ;
- 2) Aus den durch die Bundesgesetzgebung zum Stimmen berechtigten Wallisern und Schweizern.

Artikel 59.

Die Urversammlung ernennt den Rath, den Präsidenten und Vizepräsidenten der Gemeinde.

Artikel 60.

Die Burgerversammlung besteht ausschließlich aus Burgern; sie ernennt, eintretenden Falls, ihre Räte, deren Zahl sie festsetzt, den Präsidenten und den Vize-Präsidenten, und verfügt über die Aufnahme von neuen Burgern.

Artikel 61.

Diese Versammlungen berathen, jede insoweit es

sie betrifft, über die den Genuß ihres Vermögens oder die Polizei beschlagenden Reglemente und anderweitige Ortsverordnungen, mit Beziehung auf die Veräußerung und Verpfändung ihrer Güter, und über die Rechtshandel in Appell. Sie nehmen alljährlich Kenntniß von den Rechnungen und der Verwaltung des Rathes.

Artikel 62.

Der Gemeinderath besteht aus mindestens fünf und höchstens fünfzehn Mitgliedern.

Derselbe erläßt die Ortsverordnungen und sorgt für deren Vollziehung; ernennt seine Angestellten, bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben und vertheilt die öffentlichen Lasten.

Artikel 63.

Der Burgerrath besteht aus mindestens drei und höchstens neun Mitgliedern.

Er überwacht die Interessen der Burgerschaft, verwaltet deren Güter, schlägt der Versammlung das Reglement über den Genuß des Burgervermögens vor, und erstattet alljährlich Rechenschaft über seine Verwaltung.

Artikel 64.

In den Ortschaften, wo kein Burgerrath besteht, besorgt der Gemeinderath dessen Amtsgeschäfte.

Artikel 65.

In den Gemeinden von 400 Stimmenden mit zerstreuter Bevölkerung, wo bereits Sektionen be-

stehen, können die Ur- und Burgerversammlungen sektionsweise stimmen.

Artikel 66.

Die Organisation und die andern Befugnisse dieser verschiedenen Rätthe sind durch das Gesetz bestimmt.

Artikel 67.

Der Staatsrath übt die Aufsicht über die Gemeinde- und Burgerverwaltungen.

Die von diesen Verwaltungen erlassenen Reglements unterliegen der Genehmigung des Staatsrathes.

Dieser intervenirt jedes Mal, wenn von einem Betheiligten Klage erhoben wird.

Artikel 68.

Die Gemeinden und Burgerschaften sind gehalten, der Genehmigung des Staatsrathes jede Schlußnahme zu unterbreiten, vermöge welcher der Verkauf, der Tausch oder die Theilung von Liegenschaften, die Veräußerung von Kapitalien oder die Aufnahme von Hypothekaranleihen angeordnet wird.

VI. Titel.

Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit, Dauer der öffentlichen Aemter.

Artikel 69.

Die Abgeordneten auf den Großen Rath und deren Ersatzmänner werden für jeden Bezirk unmittelbar durch das Volk, im Verhältniß vor einem Abgeordneten und einem Ersatzmann auf 1000 Seelen Bevölkerung, gewählt.

Die Bruchzahl von 501 zählt für 1000.

Die Volksabstimmung findet in den Gemeinden statt.

Die Wahl geschieht bezirks- oder kreisweise.

Die kreisweise Wahl wird nur auf Begehren, einer oder mehrerer Gemeinden des nämlichen Bezirks, welche die zu einem oder mehreren Gesandten erforderliche Volkszahl haben, stattfinden.

Artikel 70.

Der Große Rath, der Staatsrath, die Gemeinderäthe und die Burgerräthe sind auf vier Jahre gewählt.

Der Präsident und der Vize-Präsident des Staatsrathes sind alljährlich einer Neuwahl unterworfen. Der Präsident kann nicht unmittelbar wieder gewählt werden.

Artikel 71.

Die Gerichtsbeamten werden auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

Artikel 72.

Die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmänner des Großen Rathes findet für jede neue Amtsperiode am ersten Sonntag März statt.

Den Rang der Ersatzmänner bestimmt die Reihenfolge ihrer Erwählung, wenn diese in mehreren Wahlgängen stattgefunden; zwischen den im nämlichen Wahlgang Gewählten, die Anzahl der erhaltenen Stimmen.

Der neugewählte Große Rath tritt mit der Eröffnung der auf seine Wahl folgenden Maisession in Amtsthätigkeit.

Artikel 73.

Die Gemeinde- und Bürgerwahlen finden alle vier Jahre, am zweiten Sonntag Dezember statt.

Die Gemeindepräsidenten sind alle zwei Jahre einer Wiederwahl unterworfen.

Die Gemeindebehörden treten ihr Amt am ersten Tag des Jahres nach ihrer Wahl an.

Im Fall von Einsprachen entscheidet der Staatsrath, welche Behörden bis zum Eintreten des Urtheils zu funktioniren haben.

Artikel 74.

Mit Erfüllung des zwanzigsten Altersjahres kann der Bürger seine politischen Rechte ausüben.

Jeder Stimmfähige ist zu den öffentlichen Aemtern wählbar.

Artikel 75.

Niemand darf in zwei Gemeinden stimmen.

Artikel 76.

Die geistlichen und die bürgerlichen Amtsverrichtungen sind unvereinbar.

Artikel 77.

Es können nicht zu gleicher Zeit im Staatsrathe sitzen :

- 1) Vater und Sohn ;
- 2) Schwiegervater und Schwiegersohn ;
- 3) Brüder und Stiefbrüder ;
- 4) Schwäger ;
- 5) Oheim und Nefse.

Diese Unverträglichkeiten sind auch auf die Gemeinde- und Bürgerräthe anwendbar, so wie auf die Gerichte und die Gerichtsschreiber.

Artikel 78.

Die Fälle des Ausschlusses vom Stimm- und Wahlrecht sind durch die Kantons- und die Bundesgesetzgebung bestimmt.

Artikel 79.

Der Regierungstatthalter darf keine Gerichtsbeamtenstelle bekleiden.

Artikel 80.

Die nämliche Person kann nicht zwei Aemter aus dem richterlichen oder dem Verwaltungsgebiete, deren eines dem andern über- oder untergeordnet ist, auf sich vereinigen.

Artikel 81.

Niemand kann zugleich Gemeindepräsident und Friedensrichter sein.

Artikel 82.

Niemand darf zu gleicher Zeit in der nämlichen Gemeinde Mitglied des Gemeinde- und des Bürgerrathes sein.

Artikel 83.

Kein patentirter Advokat darf Mitglied eines Gerichtes sein, noch vor dem Gerichte, bei dem er als Schreiber angestellt ist, einen Handel führen.

Artikel 84.

Niemand darf mehrere vom Staate bezahlte Beamtungen oder Stellen, deren Gehalte zusammen mehr als 2000 Franken betragen, auf sich vereinigen.

Artikel 85.

Das Gesetz bestimmt die andern Unverträglichkeitsfälle.

VII. Titel.

Allgemeine Bestimmungen und Revisionsmodus.

Artikel 86.

Die Vollziehungsgewalt sorgt für die Bekanntmachung der Gesetze und Dekrete und bestimmt den Tag der Inkrafttretung derselben, wenn anders ihn nicht der Große Rath selbst festsetzt.

Artikel 87.

Die vorliegende Verfassung muß revidirt werden, wenn es die Mehrheit der stimmfähigen Bürger begehrt.

Ein von sechstausend Bürgern gestelltes Revisionsbegehren wird in den Urversammlungen der Entscheidung des Volkes unterbreitet.

Im bejahenden Falle haben diese Versammlungen zugleich zu entscheiden, ob die Revision eine vollständige (Total-) oder theilweise (Partial-) sein, und durch den Großen Rath oder durch einen Verfassungs-rath vorgenommen werden solle.

Jedes Revisionsbegehren wird an den Großen Rath gerichtet. Die Unterschriften dafür werden gemeindeweise abgegeben und die Wahlfähigkeit der Bürger, welche sie beigesetzt, muß durch die Gemeindebehörden bescheinigt werden.

Artikel 88.

Auch der Große Rath kann die Verfassung revidiren, gemäß der für die Ausarbeitung der Gesetze bestimmten Formen, nachdem er in zwei ordentlichen Sessionen die Zweckmäßigkeit der Revision ausgesprochen.

Artikel 89.

Die revidirte Verfassung wird dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt.

Artikel 90.

Das Gesetz über die Organisation der Gerichte, das Wahlgesetz und das im Art. 13 der vorliegenden Verfassung vorgesehene Dekret müssen am 1. Dezember 1876 in Kraft gesetzt sein; das im Art. 57 vorgesehene Gesetz mit dem 1. Jänner 1878.

VIII. Titel.

Uebergangsbestimmungen.

Artikel 91.

Die in dieser Verfassung vorgesehenen Wahlen finden erst nach Ablauf der durch die gegenwärtige Gesetzgebung bestimmten Fristen statt.

Die Dauer der Gerichtsbeamtungen ist für die erste Periode ausnahmsweise auf zwei Jahre festgesetzt.

Gegeben im Großen Rathe in Sitten, den 26. November 1875.

Der Präsident des Großen Rathes :

V. v. Chastonay.

Die Schriftführer :

L. A. Ruten. — J. Thover.

Der Große Rath

des Kantons Wallis,

Auf Einsicht des Ergebnisses der Stimmenzusammenzählung nach den Protokollen der am 13. laufenden Hornung stattgefundenen Urversammlungen, behufs Abstimmung über den Revisions-Entwurf der Verfassung vom 23. Christmonat 1852, aus welcher Stimmenzusammenzählung hervorgeht, daß die Mehrheit der Bürger, die an der Abstimmung theilgenommen, sich für Annahme dieses Entwurfes ausgesprochen ;

In Vollziehung des Art. 5 des dem Entwurfe der neuen Verfassung beigegebenen Gesetzes vom 26. November 1857 ;

Auf den Antrag der Staatsraths,

B e s c h l i e ß t :

Art. 1. Die Verfassung vom 26. November 1875 ist als Staats-Grundgesetz erklärt.

Art. 2. Der Staatsrath ist mit der Bekanntmachung des vorliegenden Dekrets beauftragt.

Gegeben in Großen Rathe zu Sitten, den 22. Hornung 1876.

Des Präsident des Großen Rathes :

W. v. Chastonay.

Die Schriftführer :

L. L. Roten. — J. Thover.

Der Staatsrath

des Kantons Wallis,

B e s c h l i e ß t :

Vorstehendes Dekret, nebst der Staatsverfassung vom 26. November 1875, sollen Sonntags 23. April 1876 in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen werden.

Gegeben zu Sitten, den 24. März 1876.

Der Präsident des Staatsraths :

J. Chappex.

Der Staatschreiber :

Em. Barberini.



